

II. Checkliste für den Inhalt von Sozietätsverträgen

Vorbemerkung

Wie oben (Teil I.3) erläutert und in der Checkliste unter 1.1 angesprochen wird der Begriff „Sozietät“ für alle denkbaren Gesellschaftsformen gegebenenfalls auch für die Bürogemeinschaft benutzt, um so die verbindenden Elemente dieser Verträge sichtbar zu machen.

Bei der Festlegung des Inhalts eines Sozietätsvertrages empfiehlt es sich, dort nur diejenigen Fragen zu regeln, die nicht laufend angepasst werden müssen. Es kann Sozietäten geben, die sich auf einen bestimmten Fachbereich (z. B. das Steuerrecht) festlegen und dies auch im Sozietätsvertrag ausdrücken wollen. Andere Sozietäten werden die Flexibilität schätzen und daher solche Festlegungen nicht vornehmen.

Alles, was unter diesem Aspekt nicht in einen Sozietätsvertrag aufgenommen wird, sollte gleichwohl nicht ungeregelt bleiben, sondern in anderen Dokumenten, etwa der Geschäftsordnung für das Management oder den Partnerrat aufgenommen werden (typisch etwa: Das Quorum bei Abstimmungen). Ob solche Geschäftsordnungen dann wieder von der Partnerversammlung beschlossen werden müssen oder ob deren Gestaltung innerhalb des Rahmens, den der Sozietätsvertrag absteckt, den jeweiligen Gremien überlassen werden, ist eine Frage der grundsätzlichen Einstellung, die die Sozietät zu ihren Gremien hat. Es gibt Sozietäten, die auf die Führungsstärke ihrer Partner vertrauen, andere hingegen legen den Schwerpunkt auf Kontrolle. Wie stets entscheidet am Ende die Unternehmenskultur darüber, wie verfahren wird.

1. VERTRAGLICHE GRUNDLAGEN

1.1 Rechtsform

- Offene Bürogemeinschaft
- Außensozietät (Scheinsozietät)
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- Partnerschaftsgesellschaft
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- Aktiengesellschaft

1.2 Tätigkeitsfelder der Partner

- Tätigkeitsfelder der Partner und der zu gründenden Gesellschaft
- Grundwerte der Gesellschaft (z. B.: *„Die Gesellschaft bietet ihren Partnern eine lebenslange Tätigkeitsbasis, überlässt es jedoch jedem Partner Art und Umfang seiner Tätigkeit in Abstimmung mit den anderen Partnern möglichst frei zu bestimmen“* oder: *„Alle Partner widmen sich der Tätigkeit in der Gesellschaft mit vollem Einsatz“*)
- Absolute Tätigkeitsverbote (z. B. gewerbliche Tätigkeit, Beteiligung an Unternehmen von Mandanten etc.)
- Relative Verbote mit Genehmigungsvorbehalt (z. B. Aufsichtsrat, Schiedsrichter, Testamentsvollstrecker, Insolvenzverwalter)
- Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft (Lehrauftrag, Veröffentlichungen, Seminare etc.)
 - Art und Umfang
 - Abstimmung mit dem Management und / oder anderen Partnern
 - Kosten hieraus
 - Einnahmen hieraus

1.3 Status der Rechtsanwälte

- Partner mit Kapitalbeteiligung
 - Grundvoraussetzungen der Wählbarkeit (z. B.: Fähigkeit Teams zu führen, Fähigkeit zur dauerhaften Pflege und Erweiterung der Mandate nachgewiesen)

an bestimmten Mandatscharakteristika) und der Abwahl (z. B.: Keine Volltätigkeit, nachhaltige Beeinträchtigung zum Erfolg)

- Partner mit Stimmrechten
 - Grundvoraussetzungen der Wählbarkeit (z. B.: Fähigkeit Teams zu führen, Fähigkeit zur Dauerhaften Pflege und Erweiterung der Mandate nachgewiesen an bestimmten Mandatscharakteristika) und der Abwahl (z. B.: Keine Volltätigkeit, nachhaltige Beeinträchtigung zum Erfolg)
- Associates
- Of Counsel oder anderer Sonderstatus Einzelner
- Angestrebtes Verhältnis der Zahl der Partner zu anderen Anwälten (Leverage)

1.4 Status einzelner Bereiche

- Länder
- Standorte
- Fachbereiche
- Matrix zwischen Bereichen und / oder Personen (*Wenn solche besondere Regelungen existieren, durchziehen sie in der Regel das gesamte Vertragswerk an den unterschiedlichsten Stellen!*)

1.5 Name und Namensrechte

- Name der Gesellschaft
- Veränderung des Namens
- Rechte am Namen und Vergütung
- Ausscheiden von Namenspartnern

1.6 Sitz

- Sitz der Gesellschaft
- Andere Standorte
- Beteiligung an Netzwerken

1.7 Vermögen

- Gesellschaftsvermögen
- Sachanlagen
- Honorarforderungen
- Honorare für Work in Progress
- Goodwill
- Rücklagen
- Rückstellungen für Risiken
- Nachschusspflichten
- Pensionsfonds (eigene / Beteiligung an fremden)

1.8 Finanzverfassung und Konten¹

- Einnahmenseite
 - Abrechnungszeiträume
 - Überwachung nicht abgerechneter Tätigkeiten
 - Liquiditätsplanung
- Ausgabenseite
 - Definition von Investitionen (im Verhältnis zu Kosten)
 - Grundsätze der Ausgabenplanung
 - Spesenpolitik
- Grundsätze der Bildung von Barrücklagen
- Kapitalkonten
- Verrechnungskonto
 - Ansprüche aus Gewinnverteilung
 - Sonderbetriebseinnahmen (z. B. Aus Erstattung von Sonderbetriebsausgaben, Erlösen und Veräußerung des Sonderbetriebsvermögens, Veröffentlichungen)
 - Sonderbetriebsausgaben (z. B. Mitgliedschaften, soweit nicht von der Sozietät übernommen)
- Sonderbetriebsvermögen (z. B. Kfz, eigene Büroausstattung etc.)

¹ Korn, Klaus: „*Steuern und Buchhaltung*“ in Heussen/Büchting: „*Beck'sches RechtsanwaltsHandbuch*“, S. 1605

1.9 Geschäftsjahr

- Beginn und Ende des Geschäftsjahrs

1.10 Abtretung und /oder Belastung von Anteilen

- Absolutes Verbot
- Relative Ausnahmen

2. INNERE ORDNUNG DER GESELLSCHAFT

2.1 Struktur der Gesellschaft

- Partnerversammlung
- Partnerrat
- Geschäftsführung
- Management

2.2 Kompetenzen

- der Partnerversammlung
- des Partnerrats
- der Geschäftsführung
- des Managements

2.3 Informationsrechte

- Pflicht der Gesellschafter, einander über relevante Tatsachen zu informieren
 - Festlegung relevanter Tatsachen
 - Art und Umfang der Informationspflicht
- Recht der Gesellschafter, jederzeit Bücher einzusehen (gegebenenfalls über Wirtschaftsprüfer)
- Unterrichtungspflicht des geschäftsführenden Gesellschafters gegenüber anderen Gesellschaftern

- Umfang
- Frist

2.4 Versammlungen

- Partner
- Partnerrat
- Geschäftsführung
- Management

2.5 Gesellschafterversammlung/Beschlussfassung

2.5.1 Details zu Gesellschafterversammlungen

- Zeitpunkt der oder Fristen für Gesellschafterversammlung
- Außerordentliche Gesellschafterversammlung
 - Voraussetzungen außerordentlicher Versammlung
- Formalia ordentlicher und außerordentlicher Gesellschafterversammlung
 - Ladungsfristen
 - Form und Inhalt der Ladung
 - Gang der Gesellschafterversammlung
 - Protokollierung
 - Verweis auf Geschäftsordnung (in Anlage)
- Vertretung
 - Art der Vertretung
 - Verpflichtung zur Vertretung bei Gesellschafteranteil, der von mehr als einer Person gehalten wird
- Ausschlussfrist für Klagen gegen Gesellschafterbeschlüsse

2.5.2 Details zur Beschlussfassung

- Beschlussfähigkeit
 - Prozentzahl der teilnehmenden Gesellschafter
- Beschlussfassung nur in Gesellschafterversammlung möglich
- Berechnung der Stimmen

- nach Gesellschafter
- nach Gesellschaftsanteil
- nach Höhe der Einlage im Verhältnis zur Summe aller Einlagen
- Relative Mehrheit zur Beschlussfassung
 - der anwesenden Gesellschafter
 - der Gesellschafter
- Quoren für
 - Ausschluss eines Gesellschafters
 - Auflösung der Gesellschaft
 - Aufnahme neuer Gesellschafter
 - Änderung des Gesellschaftervertrages
 - Übertragung eines Gesellschafteranteils
 - Jeweils prozentuale Bestimmung der notwendigen Mehrheit
 - der anwesenden Gesellschafter
 - der Gesellschafter
- Einstimmigkeit der Gesellschafter
 - Fälle notwendiger Einstimmigkeit festzulegen

2.6 Krankheit

- Informationspflichten
- Karenzzeit ohne Einfluss auf die Gewinnverteilung
- Kürzung der Gewinnverteilung
- Einfluss auf den Status bei länger dauernden Beeinträchtigungen

2.7 Berufsunfähigkeit

- Informationspflichten
- Ausscheiden

2.8 Mutterschutz

- Voraussetzungen
- Wahlrecht der Partnerin zu Art und Umfang ihrer künftigen Tätigkeit

- Organisatorische und finanzielle Konsequenzen für beide Seiten

2.9 Karenzzeiten für Partner

- Voraussetzungen (z. B.: Wissenschaftliche Tätigkeiten, Stressabbau, Mandatsaufbau und -pflege (Entlastung vom Tagesgeschäft))
- Art und Umfang, zeitliche Begrenzung
- Organisatorische und finanzielle Konsequenzen

2.10 Urlaubsanspruch

- Ausschluss
- Umfang
 - Zahl der Urlaubstage
 - Verpflichtung, Urlaub zu bestimmten Zeiten (nicht) zu nehmen

2.11 Leistungsbewertung

2.11.1 Bewertungskriterien

- Eigener Umsatz
- Verantworteter Umsatz
- Zeitaufwand im Verhältnis zum Umsatz
- Veranlasste Kosten
- Leistungen in der Akquisition (Gewinnung neuer Mandate, Gewinnung vorhandener Mandate)
- Leistungen im Know-How (Ausbildung, Fortbildung, Ausbildung Dritter, Fortbildung Dritter, Beteiligung am Wissensmanagement, Veröffentlichungen, Seminare etc.)
- Leistungen in Geschäftsführung und Management
- Verfahren zur Leistungsbewertung (Zeiterfassung, betriebswirtschaftliche Auswertung, Umfragen unter Partnern und auf anderen Ebenen etc.)

2.11.2 Verfahren zur Darlegung und Bewertung von Leistungen

- Zielvereinbarung
- Kompetenzen des Managements
- Kompetenzen des Partnerrats
- Anhörungsverfahren
- Beschlussverfahren
- Korrekturen

2.11.3 Budgets

- Budgets der Sozietät
- Budgets von Fachbereichen
- Budgets von Partnern
- Zeitbudgets für alle leistungsrelevanten Merkmale
- Kostenbudgets für alle leistungsrelevanten Merkmale
- Budgets organisatorischer Teileinheiten (Land / Standort)

2.12 Haftungsrückgriffe

- Versicherte Haftungsfälle
- Nicht versicherte Haftungsfälle
- Persönliche berufsrechtliche Strafen, Bußgelder etc.

2.13 Ergebnisverwendung

- Ergebnisermittlung: Berechnungsgrundlage und Berechnungsmodi
- Grundsätze der Spesenpolitik
- Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben
- Andere zurechenbare Ergebnisse nach Einzelabsprachen

2.14 Entnahmen

- Definition von Entnahmen
- Zulässigkeit von Entnahmen

- Möglichkeit einer Vorentnahme
- Organisation der Entnahme
- Grundsatz: Keine Entnahme auf Kredit

- Gewinne
 - Ermittlung des Gewinns
 - Verteilung des Gewinns
 - Art und Umfang der Verteilung
 - nach Gesellschaftsanteilen
 - nach Höhe der Einlage des einzelnen Gesellschafters im Verhältnis zur Summe der Einlagen in die Gesellschaft
 - Verpflichtung zur Investition der Gewinne in die Arbeit der Gesellschaft
 - Minderung der Ansprüche auf Gewinnverteilung bei Krankheit
 - Krankheitsdauer
 - Prozentuale Minderungsquote
 - Minderung der Ansprüche bei Ausscheiden
- Verluste
 - Nachleistungspflicht der Gesellschafter
 - Art und Umfang der Nachleistung
- Kontrolle
 - Berechtigung zur Überprüfung durch Gesellschafter oder Dritten

3. AUSSENVERHÄLTNISSE DER GESELLSCHAFT

3.1 Regeln für Mandatsannahme und Ablehnung

- Definition von Interessenkollisionen (absolutes Mandatsverbot)
- Berufsrechtlich zulässige aber nicht erwünschte Mandatsannahmen
 - Hohe Haftungsrisiken
 - Problematischer Ruf für die Sozietät und / oder andere Mandanten
 - Anschein von Interessenkollisionen
 - Ungewöhnliche Honorarsätze
 - Zweifelhafte Liquidität
 - Erarbeitung neuer Fachgebiete
 - Mandate für oder gegen Angehörige von Partnern

3.2 Vertretung der Gesellschaft

- Grundsätzliche Regelung des Verhältnisses von Partnern und Management
- Einzelgeschäftsführungsbefugnis
- Gesamtgeschäftsführungsbefugnis
- Möglichkeit der Alleinvertretung
 - Form der Vollmachtserteilung
 - Umfang der Vollmacht
 - Voraussetzungen
- Untervoraussetzungen
 - Widerruf
- Informationspflichten des Managements gegenüber Partnern / Partnerrat / Partnerversammlung über Einzelfragen der Vertretung

3.3 Wettbewerb

- Definition der Wettbewerbsverbote nach Klienten, Fachbereichen etc.
- Vertragliches Wettbewerbsverbot
- Nachvertragliches Wettbewerbsverbot

3.4 Risikovorsorge²

- Berufshaftpflichtversicherung (Grundmodell und Einzelfragen)
- Lebensversicherung auf eigenes Leben (Gruppenversicherung)
- Lebensversicherung auf fremdes Leben (Absicherung von Abfindungsansprüchen)
- Krankenversicherung
- Krankentagegeldversicherung
 - Zugunsten der Sozietät
 - Zugunsten des Partners
- EDV-Versicherung (Datenschutz / Datensicherheit)
- Allgemeine Geschäftsversicherung (Feuer, Einbruch/Diebstahl, Sturm, Hagel, Vandalismus, Aktenwiederbeschaffung, Betriebsunterbrechungsschäden)

² **Dallmayer, Reinhard:** „Risikovorsorge und Versicherungen“ in: **Heussen/Büchting** (Hrsg.) „Beck'sches Rechtsanwaltshandbuch“ 8. Auflage 2004, S. 1647

- Berufsunfallversicherung
- Allgemeine Unfallversicherung

3.5 Vertraulichkeit

- Pflicht der Gesellschafter zur Verschwiegenheit
- Bestimmung geheimhaltungsbedürftiger Informationen
- Vertragsstrafen bei Verletzung der Vertraulichkeit

3.5 Umgang mit der Presse

- Berechtigung zu Äußerungen gegenüber der Presse
- Pressedokumentationen

3.6 Grundregeln für das Marketing

- Internetseiten
- Prospekte
- Corporate Identity
- Marken)

4. STRUKTURÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT

4.1 Aufnahme weiterer Gesellschafter

- Möglichkeit
- Notwendigkeit einer Beschlussfassung
- Option einzelner Gesellschafter, ohne Beschluss der Gesellschafterversammlung bestimmte Gesellschafter (z. B. Familienangehörige Rechtsanwälte) aufzunehmen
- Informationen über erkannte Altlasten insbesondere Haftungsfälle
- Ausschluss der Haftung für Neueintretende (gegebenenfalls Absicherung gegenüber dem Zugriff Dritter)

4.2. Dauer

- Beginn
- Ende
- Befristung
- Unbefristete Dauer mit ordentlicher Kündigung (betreffend die Gesamtgesellschaft)
 - Festlegung der Kündigungsfristen
 - Festlegung der Förmlichkeiten einer Kündigung
 - Schriftform
 - Adressat der Kündigung
- Wirkung der Kündigung: Auflösung der Gesellschaft
 - Mitnahme von Mandaten
 - Benachrichtigung von Mandaten
 - Geschäftsführung für die Abwicklungsgesellschaft
 - Vergütung der Abwickler
 - Haftung der Abwickler
 - Absicherung der Vergütungsansprüche der Abwickler

4.3 Kündigung durch einen Gesellschafter

- Kündigungsgründe des die Gesellschaft verlassenden Gesellschafters
- Außerordentliche Kündigungsgründe der in der Gesellschaft verbleibenden Gesellschafter
 - Krankheit eines Gesellschafters
 - Dauer der Krankheit
 - Berufsunfähigkeit
 - Definition der Berufsunfähigkeit
 - Pfändung eines Gesellschaftersanteils durch einen Privatgläubiger
 - Rechtskräftiger Eröffnungsbeschluss über Konkursverfahren eines Gesellschafters
- Mitnahme von Mandanten
- Information von Mandanten

4.4 Ausscheiden eines Gesellschafters

- Ausschließung
 - Ausschlussgrund
 - Wichtiger Grund, der zur außerordentlichen Kündigung berechtigen würde
 - Beschluss der Gesellschafterversammlung
 - Rechtsfolge
 - Anwachsen des Anteils zugunsten der anderen Gesellschafter
 - Ausschluss der Beteiligung an schwebenden Geschäften
- Tod
 - Vererbung von Gesellschafteranteilen
 - Anwachsen des Anteils zugunsten der anderen Gesellschafter
- Übertragung eines Gesellschafteranteils
 - Voraussetzungen
 - Rechtsfolge
- Mitnahme von Mandanten
- Information von Mandanten

4.5 Bewertung von Gesellschaftsanteilen

- Barvermögen
- Sachvermögen
- Offene Honorare
- Angearbeitete Honorare (Work in Progress)
- Rücklagen
- Good will
- Grundprinzipien der Bewertung
 - Einzahlung/Auszahlung von Kapitalanteilen oder
 - Kostenloser Eintritt, Abfindungsloser Austritt (schwieriges Rechtsproblem: Wie wirken sich solche Klauseln im Privatvermögen von Partnern im Falle von Tod, Scheidung etc. aus? Ist das abfindungsfreie Ausscheiden gesellschaftsrechtlich generell haltbar, falls z. B. die Partnerstellung durch langjährigen Gehaltsverzicht „erkauft“ wurde).
- Bewertung

- Bewertungsgrundlage und Bewertungskriterien
 - Erstellung einer Abfindungsbilanz oder letzter Jahresabschluss
 - Buchwert
 - Buchwert zuzüglich stiller Reserven und Firmenwert
 - Bei Zugrundelegung des letzten Jahresabschlusses
 - Berechnungsgrundlage bis zum tatsächlichen Ausscheiden
 - Bewertungszeitpunkt
 - Berücksichtigung der Einlage
 - Anpassung für Fall zu geringer Höhe nach Rechtsprechung oder Gesetz
 - Berücksichtigung des Good Will
- Fälligkeit
 - Fristbestimmung durch Eintritt des Ereignisses
 - Ratenzahlung
- Ausschluss späterer Forderungen des ausgeschiedenen Gesellschafters oder dessen Erben
- Unterschiedliche Höhe der Abfindung
 - bei Herabstufung des Status
 - Kündigung
 - Ausschluss eines Partners
 - Berufsunfähigkeit / Unfall eines Partners
 - Tod eines Partners
 - Festlegung der prozentualen Verringerung der Summe je nach Ursache des Ausscheidens
- Keine Abfindung bei Auflösung
- Pensionszahlungen für ausgeschiedene Gesellschafter
 - Dauer
 - Höhe
- Witwen- und Waiserente
 - Dauer
 - Höhe
- Bewertung des Anteils für Zwecke Dritter (Scheidung, Erbfall etc.)
- Höhe der Rückstellungen für Verpflichtungen aus Abfindungsansprüchen (falls nicht bereits steuerrechtlich definiert)

4.6 Pflichten nach Beendigung

- Fortdauer der Verschwiegenheitsverpflichtung
 - Dauer dieser Verpflichtung
- Pflicht des ausscheidenden Gesellschafters, alle relevanten Unterlagen an die Gesellschaft herauszugeben
- Pflicht des Gesellschafters
 - zur Aushändigung der Geschäftsunterlagen an Dritten (z. B. Treuhänder)
 - Wettbewerbsverbot
 - Dauer
 - Kompensation
- Bei Auflösung Verzicht der Gesellschafter auf
 - Durchführung einer Teilungsverfügung
 - Aufhebung der Bruchteilsgemeinschaft
 - Dauer dieser Verpflichtung
- Wettbewerbsverbot für Gesellschafter
 - Bei Fortbestehen der Gesellschaft
 - Dauer der Verpflichtung

5. Allgemeine Bestimmungen

5.1 Schriftform

- Keine Nebenabreden
- Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages bedarf Schriftform, deren Verzicht Schriftform bedarf

5.2 Auslegung

- Teilunwirksamkeit läßt Wirksamkeit des Vertrages im übrigen unberührt
- Änderung unwirksamer Klausel durch wirksame Klausel, die in wirtschaftlicher Hinsicht unwirksamer Klausel möglichst nahe kommt

5.3 Schiedsgutachten

- Einholung eines Schiedsgutachtens
 - Anwendungsbereich
 - Kostentragung

5.4 Schiedsvereinbarung

- Wahl eines Schiedsverfahrens (z. B. DIS)
- Festlegung der Qualifikationen von Schiedsrichtern (Sozius eines anderen Büros mit Führungserfahrung oder gesellschaftsrechtlich erfahrener Richter oder Mediationserfahrung etc.)

5.5. Rangfolge von Bestimmungen

- Sozietätsvertrag
- Geschäftsordnung des Partnerrats
- Geschäftsordnung der Geschäftsführung
- Weitere Anlagen

5.6 Änderungen dieses Vertrages

- Kompetenz
- Quorum

6. Anlagen

- Satzung GmbH/AG (*falls dieser Vertrag eine Gesellschaftervereinbarung ist*)
- Geschäftsordnung des Partnerrats
- Geschäftsordnung der Geschäftsführung
- Höhe der Beteiligungen der jeweiligen Partner (Punktliste)
- Leistungsbewertung (Grundschemata)
- Vereinbarung über die Aufnahme neuer Partner
- Übertragungsvereinbarung für Quereinsteiger
- Vereinbarung des Ausscheidens

Literaturempfehlungen:

- **Castan, Björn/Wehrheim, Michael:** „*Die Partnerschaftsgesellschaft*“, Verlag Erich Schmidt Berlin 2005
- **Graf von Westphalen, Friedrich:** „*Sozietätsverträge*“, Verlag Recht und Wirtschaft 2005,
- **Gummert, Hans/Riegger, Bodo/Weipert, Lutz:** „*BGB-Gesellschaft, Offene Handelsgesellschaft, Partnerschaftsgesellschaft, Partenreederei, EWIV*“, C. H. Beck Verlag 2004 (Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts)
- **Heller, Matthes:** „*Die Beendigung freiberuflicher Sozietätsverhältnisse*“, Dr. Otto Schmidt Verlag 2000
- **Henssler, Martin/Streck, Michael:** „*Handbuch des Sozietätsrechts*“, Dr. Otto Schmidt Verlag 2001
- **Korn, Klaus:** „*Steuern und Buchhaltung*“, in **Heussen/Büchting:** „*Beck'sches Rechtsanwaltshandbuch*“ 8. Auflage, 2004, S. 1605
- **Ludwig, Rüdiger:** „*Zusammenarbeit von Rechtsanwälten*“ in **Heussen/Büchting:** „*Beck'sches Rechtsanwaltshandbuch*“ 8. Auflage, 2004, S. 1545
- **Zaunstöck, Holger/Meumann, Markus:** „*Sozietäten, Netzwerke, Kommunikation*“, Niemeyer Verlag Tübingen 2003